

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 15

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Staatwirtschaftliche Fortschritte“

-an- Es soll eine zweite schweizerische Zuckerfabrik gebaut werden, damit die Bauern Zuckerrüben anbauen und verwerten können. Im Nationalrat wurde darüber debattiert. Argument dagegen: Es fehlt an der verfassungsmässigen Grundlage, eine solche Fabrik zu errichten. Weiteres Argument: Der Zucker, den uns diese Fabrik beschere wird, kommt zweifellos teurer, vielleicht sehr viel teurer zu stehen als Importzucker. Noch ein Argument: Es wird an inländischen Arbeitskräften fehlen, um die notwendige Arbeit zu leisten. Und die importierten Arbeiter werden wieder Mehrkosten verursachen und überdies ihre Lohnerträge heimschaffen. Was sie aber forttragen, kann einen namhaften Teil der Beträge ausmachen, die wir für den Zuckerimport ausgeben müssten.

Zum ersten Argument wurde von bundesrätlicher Seite gesagt, daran werde sich das Volk weniger stossen als vielleicht an dringlichen Bundesbeschlüssen. Im übrigen werde ein Beschluss der Räte dem Referendum unterstehen. Die grundsätzlichen Kritiker werden sagen, das Volk habe überhaupt keine Ahnung, ob die Verfassung «geritzt» werde oder nicht. Desto mehr müssten Bundesrat und legislative Tempelhüter der Grundgesetze unseres Bundesstaates sein. Ihnen wird man ja antworten können, die verfassungsmässige Grundlage für die neue Fabrik und ähnliche Einrichtungen aller Art werde sich ja wohl durch die *Wirtschaftsartikel* — sie sind vom Ständerat angenommen worden und damit nun bald abstimmungsreif — ergeben.

Zum zweiten Argument hätte ja wohl die alte «Konsumentenpartei», die Sozialdemokratie, reden müssen. Aber sie unterstützte die Landwirtschaft in der wohlverstandenen Einsicht, dass hier ein praktisches Werk zur Stützung unserer eigenen Bauernschaft in der Nachkriegszeit geschaffen werden solle. Für sie kommt die Frage eines überhöhten Inland-Zuckerpreises erst in zweiter Linie. Was wir selber draufzahlen müssen, will natürlich durch den Export verdient sein. Dass die Industrielien darum Gegner der Vorlage sind, ist erklärlich. Denn von der Exportindustrie wird ja verlangt werden, dass sie den Arbeitern jeden Rappen herschaffe, welchen sie infolge irgendwelcher Verteuerung unserer Lebenshaltung haben müssen. Ueberdies denkt der «liberalistische Unternehmer» daran, dass jeder Minderkauf im Ausland unsere Möglichkeiten, zu verkaufen, einschränke. Denn: «Wer nichts kaufen will, dem kauft man nichts ab». Nun wird ja der Zucker, den wir weniger kaufen, nicht viel ausmachen. Fängt man aber in irgendeinem Sektor auf einer neuen Basis mit forcierter Eigenproduktion an, schmälert man mit dem Minderimport die Tausch- und damit die Exportmöglichkeiten grundsätzlich.

Zum dritten Argument ist zu sagen, dass jedenfalls nach dem Ende der jetzigen Konjunktur keine Sorge um die Arbeitskräfte bestehen wird. Eher wird man froh sein um Arbeitsgelegenheiten. Alles in allem aber: Der gerügte «Fortschritt der Staatwirtschaft» entspringt zeitnotwendigen Entwicklungen, unabstreitbar!

Die grossen britischen Erfolge

Die Russen räumen in der Tat Nordpersien. Das bedeutet einen grossen Erfolg Englands. Gleichzeitig sind in Griechenland Wahlen durchgeführt worden, deren Ergebnis man ebenso als einen Triumph des britischen Willens ansehen kann. Nicht dass mit diesen beiden Ereignissen alles eindeutig entschieden wäre, oder dass die Londoner Labourregierung sich nun auf Lorbeeren setzen und ohne Argwohn ausruhen könnte. Die Konfliktstoffe sind nicht aus der Welt geschafft. Die zurückgewichene Gegenpartei verfügt über viele Möglichkeiten, auf andern Wegen und zu einem spätern Zeitpunkt zu ihren Zielen zu kommen, und wenn über kurz oder lang die Offensivstösse neu einsetzen, wird Aussenminister Bevin abermals seine ganze Wachsamkeit aufbieten müssen, um nicht überrumpelt zu werden. Vom angreifenden Gegner oder von unkontrollierbaren Geschehnissen, die der Gegner nicht einmal planmässig herbeigeführt hat. Es liegt eben in der Natur der Sache, dass das verarmte Griechenland, an sich ein vulkanischer politischer Boden, unverhältnismässig schwer zu kämpfen hat, um sich wirtschaftlich und sozial wieder in die Balance zu bringen. Und was Iran betrifft, handelt es sich um einen Staat, welcher gerade erst durch die Petrolausbeutung in die kapitalistische Entfaltung hineingerissen worden und damit immer in Gefahr steht, neuen, noch vor einem Vierteljahrhundert nicht gekannten sozialen Spannungen die Stirne bieten zu müssen und dazu geistig und politisch nicht reif zu sein. Man kann das heutige Iran in mancher Hinsicht mit dem zaristischen Russland vergleichen. Es ist wie jenes kapitalmässig und technisch nicht ausgerüstet, um die eigenen Bodenschätze auszubeuten und darum von fremdem Kapital abhängig, sozial von einer Oberschicht beherrscht, die teils «westlich liberal» orientiert, teils klerikal-reaktionär, auf jeden Fall aber durch den Besitz von der grossen, armen Volksmehrheit getrennt, die Zeichen der modernen Zeit schwer zu erkennen vermag. Hier haben die Russen jene «Weichstellen» gefunden, an welchen sie angreifen können, und mit einem einmaligen freundschaftlichen Abkommen zwischen Moskau und Teheran wird es eben nicht gemacht sein. Das heisst, die «Tudeh-Partei», die ihre Hoffnungen auf Moskau setzt, wird eben in Zukunft noch rühriger werden, als sie bisher war. Da sie in Aserbeidschan, möge der Fall von den Russen als «rein innerpersische Angelegenheit» anerkannt werden oder nicht, kaum aus dem Sattel geworfen wird, besitzt sie künftig ihr ideales Agitationszentrum. Eines Tages könnte sie stark genug werden, um die Regierungsgewalt an sich zu reißen.

Während der Debatte um den Iran ist darauf hingewiesen worden, dass die Engländer in Südpersien überhaupt keine andern Verhandlungspartner als die Grossgrundherren hätten. Fänden sie einen andern, würden sie sich an ihn halten und die bisherige, wenig sympathische Partnerschaft aufgeben. Für die Labourregierung eröffnet die neue Entwicklung in Persien nun natürlich auch neue Aussichten. Die «Tudeh-Partei» ist so wenig einschichtig, wie die Linksparteien irgendwo auf der Welt. Es gehört fast zu den Selbstverständlichkeiten, dass sich in ihr auch «westlich orientierte Elemente» finden, welche den «probolschewistischen» Flügel je nachdem sogar gegen haben selbstverständlich nicht versucht, Persien zu «revolutionieren» und die «Linkskreise» zu fördern. Aber eine Labourregierung wird eher wissen, welche Aufgabe vor ihr liegt. Könnte ein «bolschewisiertes Persien» den Ring der Pufferstaaten um Russland an der wichtigsten Stelle schliessen, würde sich ein «parlamentarisches und demokratisch-soziales Persien» umgekehrt zu einem Schutzwahl des britischen Empires entwickeln. Zieht sich also hier die Entwicklung in die Länge, wird sie nicht revolutionär umgestürzt, kann sich der britisch-russische Wett-



Der Zufall wollte es, dass am Tage der grossen kommunistischen Wahlkampagne in Mailand ein Zug von 120 italienischen Kriegsgefangenen im Hauptbahnhof einlief. Teils mit grossen Wagenaufschriften, wiesen die Heimkehrer auf die Schwierigkeiten hin, die ihnen in russischer Gefangenschaft begneten.

Links:

Am 2. April ist die grosse Utrechter Messe eröffnet worden. Das Messegebäude, das von jeglichen Kriegsschäden verschont geblieben ist, vereinigt 1500 Aussteller. Wir zeigen Königin Wilhelmine und Kronprinzessin Juliana im Sektor der Schweizer Aussteller der Messe.



Das Präsidium des Schweizerischen Pfadfinderbundes wurde Dr. Louis Blondel in Genf anvertraut. Der bekannte Archäologe hat sein eminentes Wissen den wissenschaftlichen Fachgesellschaften zur Verfügung gestellt und daneben in der Pfadfinderbewegung eine bedeutende Rolle gespielt.

Landesrat Petitpierre, der Chef des Politischen Departementes, hat Minister Dr. Walter Stucki sofort nach seiner Rückkehr aus Washington zur Berichterstattung empfangen. (Photopress)

Unten: Im Church-House in London ist, Welternährungskonferenz eröffnet worden, zu welcher bekanntlich die Schweiz eine Delegation entsandt hat. In der ersten langen Reihe rechts erkennen wir die Schweizer Dr. Ritter (Zweiter von rechts), Ständerat Dr. Wahlen und Landwirtschaftsdirektor Dr. E. Feisst. (ATP)



streit sehr wohl auf dem Boden einer Werbung um die heute noch in der Minderheit stehenden Linkskreise abspielen. Auch die Engländer können ihre Agitationszentren organisieren: In ihren eigenen südpersischen Konzessionsgebieten!

Die griechische Zukunft

liegt trotz dem gefallenem Wahlentscheid durchaus im Ungewissen, und nur der Umstand, dass ein neuer Sommer und eine neue, erste Nachkriegsernte die bittersten Nöte lindern wird, darf als sicherstes Besserungsmoment gewertet werden. Die «Volkspartei», die im wesentlichen monarchistisch orientiert ist, hat von den abgegebenen Wahlstimmen mehr als die Hälfte für sich gewonnen. Die Liberalen bürgerlicher Richtung, welche als Republikaner gelten, nehmen den zweiten Platz ein. Die verwirlichen Parteienamen der vielen andern, oft fast «atomisierten» Gruppen und Grüppchen können vergessen werden, sinken sie doch neben den beiden stärksten zur Bedeutungslosigkeit herunter. Aber: Die Linksparteien haben den Wahlstreik durchgeführt. Wieviele Wähler sie für sich mobilisiert hätten, steht gar nicht fest. Die Angaben schwanken zwischen 30 und 50% aller eingeschriebenen Wähler. Im schlimmern Falle haben also die royalistischen Volksparteiler nicht die Hälfte, sondern nur ein Viertel aller Bürger hinter sich. Im bessern Falle die Hälfte von 70%, also doch nur 35%. Die Linke hat damit erreicht, was sie gewollt: Sie hat demonstriert, dass die Royalisten sich nicht als wirkliche Siegerin und Vertreterin einer Volksmehrheit betrachten können.

Wer eigentlich diese «Linken» sind, darüber herrschen ausserhalb Griechenlands nur unklare Vorstellungen. Wer der russischen Lagedarstellung glauben wollte, hätte lauter Kommunisten vor sich. In Wirklichkeit machen diese unbedingten Russlandfreunde, die ganz «echten Kommunisten», nur einen unbedeutenden Haufen aus, genau wie die X-Gruppe rechts, die als gefährliche royalistische und faschistische Putschistengruppe dargestellt worden und nachher bei den Wahlen mit lächerlich geringen Resultaten abschnitt — zweifellos, weil einige hunderttausend britische Bajonette die terrorlose Wahlaktion sicherten. (Obgleich sie nicht überall Wache stehen konnten). Der kommunistische Anhang in Saloniki und in einigen Hafenstädten mag stärker sein als die X-Gruppen im Peloponnes, aber stärker als der Kommunismus sind doch die sozialistischen Organisationen. Mit ihrer Existenz rechnet man rechts insofern, als man sie eines Tages zur Verbreiterung der Regierungsbasis heranzuziehen versuchen will, in der klaren Einsicht, dass nur der Bürgerkrieg die «EAM»-Allianz ermöglicht habe. In Friedenszeiten müssen Sozialisten und Kommunisten wie anderswo wieder auseinandergehen.

Die neue griechische Regierung ist als eine Koalition unter Führung der Volkspartei ins Leben getreten. Die zwei wichtigsten Ministerien, Justiz- und Aussenministerium, sind royalistisch geführt. Hoffentlich rät der Monarch im Exil seinen Anhängern von der Dummheit ab, sogleich eine Volksbefragung über «Monarchie oder Republik» durchzuführen. Mit oder ohne Wahlstreiks links müsste der König in der Minderheit bleiben — oder man versuche es mit Terrorwahlen. Eben solche wollen die Engländer verhindern. Infolgedessen wird die englische Armee im Lande bleiben und sich weiterhin der Befriedung widmen. Hoffentlich nehmen die Russen sich das griechische Problem einmal von dieser Seite vor und sehen ein, dass die Engländer wirklich keine «Königswahlen» zaubern wollten, und dass sie es sind, welche nun allein die Volkspartei daran hindern werden, ihrerseits solche durch Terror zu erzwingen.

Das Rätsel des russisch-persischen Abkommens,

welches hinter dem freiwilligen und «bedingungslosen»

russischen Rückzug liegt, wird in London weiterhin argwöhnisch studiert. Im Sicherheitsrat der « UNO » arbeitet man mit der Formel einer « Vereinbarung zwischen Russland und Persien, welche ohne den Druck der anwesenden russischen Armee zustande gekommen sei », vertagt die Angelegenheit bis zum 6. Mai, wird alsdann von den beiden Parteien neue Auskünfte einholen, wie weit sie in ihren Vereinbarungen gekommen seien, und dann einen « Endbeschluss » fassen. Somit wäre formal alles in Ordnung. Die Russen haben an diesen Verhandlungen nicht teilgenommen, weil man nicht bis zum 10. April warten wollte — sie haben die sichtbare Niederlage vermieden, und ob sie eine unsichtbare erlitten, ist nicht ganz so sicher, obgleich der sichtbare britische Sieg dies zu beweisen scheint.

Das Oel — so scheint es, ist nun zum Hauptgegenstand der Unterhandlungen geworden. Und wenn man heute schon klar sieht, haben die Russen ihre einst erworbenen, nach dem Zusammenbruch des Zarismus von Lenin aber aufgegebenen Konzessionen wiedergewonnen. Sie haben sie noch nicht « im Sack ». Aber dem persischen Parlament soll innert einer gewissen Frist eine Vorlage unterbreitet werden über die Gründung einer gemischten russisch-iranischen Oel-Gesellschaft. Für Iran klingt dies dem Wortlaut nach sehr vorteilhaft. Es ist sogar die Frage, ob sich die Perser gegenüber den Engländern, falls neue Konzessionsgebiete in Südpersien erschlossen werden sollen, nicht analog ins Geschäft einschleichen werden wollen. Am 6. Mai werden beide Parteien in Neuyork Meldung erstatten müssen, wie sie unter sich ins Reine gekommen seien, und wahrscheinlich wird man erst dann genau erfahren, was alles sie vereinbart haben.

Die Verhandlungen, wenn wirklich solche grundsätzlicher Art noch nötig sind, werden übrigens unter dem Schatten anderer Ereignisse stehen und sich der Aufmerksamkeit der Welt entziehen. Es ist nämlich heute endlich doch so weit, dass die Einladungen zur Friedenskonferenz mit den Satellitenstaaten Deutschlands versandbereit zu sein scheinen. Das heisst: Finnland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien können sich heute vorstellen, dass sie vielleicht im kommenden Herbst einen Vertrag unterschreiben dürfen. Finnland hat kein weiteres Gebiet einzubüssen ausser dem bereits russisch besetzten Karelien, Petsamo und dem Westufer des Ladogasees. Ungarn hat mit Rumänien Siebenbürgen endgültig aufzuteilen, auf die Dobrudscha zugunsten Bulgariens zu verzichten und vielleicht den Jugoslawen ein Stück des Banats zu überlassen. Bulgarien, Russlands Schützling, ist aus griechisch-Thrazien und dem serbischen Mazedonien gewichen und wird die Dobrudscha erben — und alle vier werden gewaltige materielle Wiedergutmachungen in bar und natura zu leisten haben (oder bereits geleistet haben).

Aber Italien? König Umberto hat endgültig auf die Krone verzichtet, weil bei den Gemeindevahlen ein absoluter Sieg der republikanischen Linken bewiesen hat, wohin die soziale Nachkriegsnot und die aussenpolitische Zukunft, die nur düstere Perspektiven aufweist, den Zeiger gedreht haben. Es soll in nächster Zeit eine neue Aussenminister-Konferenz zusammentreten, um, wie es heisst, die Probleme Triest, Tripolitaniens und Südtirol zu bereinigen — und zwar diesmal endgültig. Die alliierte Kommission, welche in Triest und in ganz Julisch-Venezien die Probleme an Ort und Stelle studieren gegangen, wird wohl dieser Konferenz ihren Bericht vorlegen, und er wird die Grundlage des Entscheides sein, der gefällt werden muss, sofern je ein Vertrag mit Italien zustande kommen soll. Was Tripolitaniens angeht, bedeutet es für die Russen wahrscheinlich nur ein « Markt-Objekt » — vielleicht für das jugoslawische Triest. Ein solches könnte leider auch das deutsch-österreichische Südtirol für die Engländer werden, um Triest für Italien zu erteilschen.

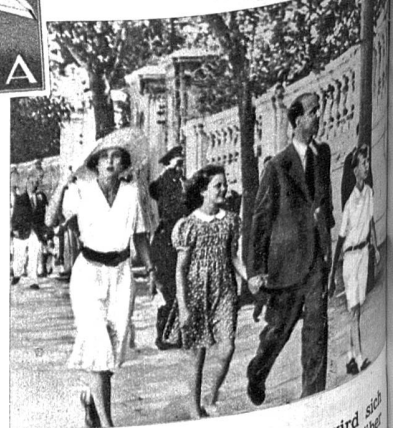


Auf dem der Eidgenossenschaft gehörenden Landsitz «Lohn» bei Kehrsatz-Bern, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen einer UNO-Delegation und einer schweizerischen Vertretung statt. Verhandlungsgegenstand ist die Uebernahme des Völkerbundsgebäudes durch die UNO. — Unser Bild: Blick in den Konferenzraum während der Begrüssungsansprache

Rechts: Wie das leider Tradition ist, wurde der Kinderumzug des Sechseläutens 1946 wieder bei kaltem Wetter abgehalten. Unser Bild zeigt den langen Zug, der an Zahl der Beteiligten seine Kriegsvorgänger beträchtlich übertraf, auf dem Limmatquai



Auf Ansuchen der Schweizer Stiftung Pro Aero, die die Förderung der Nationalen Luftfahrt bezweckt, gibt die PTT-Verwaltung, in Verbindung mit Sonderpostflügen Lausanne—Luzern—Locarno und umgekehrt, eine Sondermarke heraus. Der Reinerlös ist für die genannte Stiftung bestimmt. Der Taxwert beträgt Fr. 1.50. (Photopress)



Früher oder später wird sich das italienische Volk darüber entscheiden müssen, ob es die Monarchie beibehalten oder die reine demokratische Staatsform wählen will. Unser Bild zeigt die Familie des Kronprinzen Umberto während eines Spazierganges in Rom: Kronprinz Umberto mit seiner Gattin, der früheren Prinzessin Marie José von Belgien, die beiden Kinder Prinzessin Maria Pia und der junge Prinz von Neapel.

Links: Von der Mädchenschule Monbijou in Bern wurde ein eindrucksvolles Pestalozzispiel aufgeführt. Unser Bild zeigt das Pestalozzidenkmal, dargestellt von Schülerinnen.